

Stefanie Endlich

“Eisenman IV” goes underground **6. Beitragsfolge zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas**

aus: kunststadt stadtkunst 47, Sommer 2000, S. 19-21

Mein fünfter Beitrag in Kunststadt Stadtkunst Nr. 46 endete mit der Auflistung all der wesentlichen Fragen, die nach dem Grundsatzbeschluss des Bundestags für den Bau des Mahnmals noch offen waren. Mittlerweile wurden wichtige Vorentscheidungen über Art und Größe des geplanten “Ortes der Information” und über die Modalitäten der Einbeziehung anderer Opfergruppen getroffen. Festgelegt sind auch Beschaffenheit und Aufgaben der zukünftigen Stiftung. Noch nicht präzisiert sind Zeit- und Kostenplanung. Daher hier eine Zusammenfassung der Entwicklungsschritte, verbunden mit kommentierenden Anmerkungen.

Die Stiftung

Am 25. Juni 1999 hatte der Deutsche Bundestag den Grundsatzbeschluss zur Realisierung des “Denkmals für die ermordeten Juden Europas” gefasst. In ihm heißt es:

“Das Denkmal soll ein zentraler Ort der Erinnerung und der Mahnung in Verbindung mit den anderen Gedenkstätten und Institutionen innerhalb und außerhalb Berlins sein. Es kann die authentischen Stätten des Terrors nicht ersetzen.

Das Denkmal wird auf dem dafür vorgesehen Ort in der Mitte Berlins – in den Ministergärten – errichtet.

Die Bundesrepublik Deutschland bleibt verpflichtet, der anderen Opfer des Nationalsozialismus würdig zu gedenken.”

Der Bundestagsbeschluss legt darüber hinaus fest, dass Peter Eisenmans Entwurf realisiert werden soll, dass “im Rahmen dieses Konzepts ein Ort der Information über die zu ehrenden Opfer und die authentischen Stätten des Gedenkens” zu schaffen und eine öffentlich-rechtliche Stiftung einzurichten sei.

Dieser Stiftung übertrug man die Umsetzung des Beschlusses und die Klärung der baulichen Fragen. Da die Stiftungsgründung mehr Zeit in Anspruch nahm und da wesentliche Voraussetzungen für die Aufstellung des Bebauungsplans fehlten, konnte die Grundsteinlegung nicht, wie politisch gewünscht, am 27. Januar 2000 stattfinden, dem Jahrestag der Befreiung

von Auschwitz, Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Selbst ein symbolischer erster Spatenstich schien verfrüht. Man einigte sich auf eine Feierstunde auf dem Mahnmals-Areal im Anschluss an die offizielle Gedenkstunde des Bundestags, mit prominenten Rednern und der Enthüllung von Informationstafeln zum Projekt, um den Willen zur Realisierung öffentlich kundzutun. Am selben Tag wurde die Gründung der zunächst unselbständigen (also dem Bundeskanzleramt nachgeordneten) Stiftung bekannt gegeben.

In eine selbständige “bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin” wurde sie per Bundestagsgesetz vom 17.März 2000 umgewandelt. In diesem sind ihre Aufgaben beschrieben:

Ausübung der Bauherrenfunktion ...

Ergänzung des Stelenfeldes durch einen Ort der Information über die zu ehrenden Opfer und die authentischen Stätten des Gedenkens

Unterhaltung des Denkmals

sowie, ebenfalls im Paragraph “Stiftungszweck”: “Die Stiftung trägt dazu bei, die Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus und ihre Würdigung in geeigneter Weise sicher zu stellen.”

Begleitet war die Stiftungsgründung von Turbulenzen auf verschiedenen Ebenen. Zum einen gab es Kontroversen und Machtspiele um die Zusammensetzung der Stiftungsgremien Kuratorium und Beirat, die hier nicht noch einmal ausgebreitet werden sollen. Zum zweiten herrschte Verblüffung über die späte Entdeckung, dass sich das Mahnmals-Areal als ganzes nicht, wie immer vom Senat behauptet, im Bundeseigentum befindet, sondern dass der Abschnitt am östlichen Rand – etwa ein Sechstel des Gesamtgeländes – der Wohnungsbaugesellschaft des Bezirks Mitte gehört. Diese ist gern bereit, es dem Bund für das Mahnmal zu überlassen, jedoch nicht kostenlos. Zwischen vier und sechseinhalb Millionen Mark Ankauflsumme sind veranschlagt für den Streifen in bester City-Lage, wenn man die Dimensionen des Stelenfeldes nicht reduzieren will. Zum dritten sorgt die Kostenfrage insgesamt für anhaltende Irritationen. Dass das Stelenfeld allein, wie ursprünglich angenommen, 15 bis 20 Millionen Mark kosten wird, ist durch präzise Baukostenermittlungen noch nicht belegt. Hinzu kommt das Geld für den geplanten “Ort der Information”, dessen inhaltliches Profil und architektonische Ausprägung im Juli festgelegt wurden. Der Bundestagsbeschluss hatte über den Kostenrahmen keine Aussage gemacht.

Für die Stiftung benannte man ein Kuratorium, das über “alle grundsätzlichen Fragen” beschließen soll, sowie einen Vorstand und einen Beirat. Das Kuratorium besteht aus 23 Mitgliedern: 11 Delegierte des Bundestages aus den verschiedenen Parteien, für die Bundesregierung Michael Naumann, Staatsminister für Kultur und Medien, für das Land Berlin die Senatoren Peter Strieder (Stadtentwicklung) und Christoph Stölzl (Wissenschaft, Forschung und Kultur), drei Vertreter des Förderkreises zur Errichtung des Denkmals (Lea Rosh, Eberhard Jäckel, Lothar C. Poll), Paul Spiegel und Salomon Korn für den Zentralrat der Juden in Deutschland, Andreas Nachama für die Jüdische Gemeinde zu Berlin, Michael Blumenthal als Direktor des Jüdischen Museums, Reinhard Rürup als Direktor der “Topographie des Terrors” und Günter Morsch, Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse bildet gemeinsam mit Minister Michael Naumann und Senator Christoph Stölzl den Vorstand der Stiftung und hat den Vorsitz inne. Zugleich ist er Kuratoriumsvorsitzender und wird in dieser Funktion durch Lea Rosh vom Förderkreis vertreten. Zur Geschäftsführerin der Stiftung wählte das Kuratorium die Politologin Sibille Quack, die seit 1998 als Pressereferentin von Michael Naumann tätig war.

Dem Beirat gehören 15 Persönlichkeiten an – Wissenschaftler, Gedenkstättenvertreter, Vertreter von Verbänden, Komitees, Initiativen, die Opfergruppen vertreten oder sich für die Erinnerung an die Opfer einsetzen. Ihr Sprecher ist Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Der Beirat hat eine nicht näher definierte beratende Funktion.

Der “Ort der Information”

Der Maximalvorschlag war Anfang 1999 von Michael Naumann gekommen: ein 115 Meter langes, auf bis zu 180 Millionen Mark veranschlagtes “Haus der Erinnerung” (“Eisenman III”). Den Minimalvorschlag unterstützten (aus jeweils unterschiedlichen Motiven) Lea Rosh wie auch Gedenkstättenvertreter: gar kein Haus der Information, nur ein kurzer Verweis auf die bestehenden Gedenkstätten an den authentischen Orten. Die Debatte kreiste um die Frage, ob das Mahnmal als ästhetisches Gebilde für sich selbst sprechen oder durch historische Informationen und didaktische Angebote erklärt werden sollte; in letzterem Fall wäre das Ver-

hältnis dieses neuen Informationsortes zu den bestehenden Gedenkstätten und ihrer Dokumentations- und Vermittlungsarbeit präzise zu definieren.

Absehbar war, dass das Kuratorium, in dem die unterschiedlichen politischen und wissenschaftlichen Positionen vertreten waren, einen Kompromiss zwischen den beiden Extremen anstreben würde. Es beauftragte im März Eberhard Jäckel vom Förderkreis, Andreas Nachama von der Jüdischen Gemeinde und Reinhard Rürup von der “Topographie des Terrors”, ein Konzept für einen “Ort der Information” beziehungsweise ein “Haus des Erinnerns” zu entwickeln. Dabei gab das Kuratorium den drei Historikern die nicht unstrittige Vorgabe mit auf den Weg, bei der Konzeptentwicklung die Geschichte der Opfer zu individualisieren und beispielhaft zu visualisieren.

Daraus entwickelte die Arbeitsgruppe ein inhaltlich-räumliches Konzept, das Peter Eisenman Anfang Juli zu einem baulichen Entwurf in zwei Alternativen umwandelte. Wie Reinhard Rürup im Gespräch mit mir unterstrich, einigten sich die drei auf zwei wesentliche Prämissen: zum einen, dass das “Haus des Erinnerns” nicht als Konkurrenz zu den bestehenden Einrichtungen, also nicht als Museum oder als Ausstellungs- und Dokumentationshaus angelegt werden, sondern ein eigenständiges Profil erhalten sollte; zum zweiten, dass die Besucher zunächst das Denkmal auf sich wirken lassen sollten und ihnen erst anschließend – wenn sie es selbst wollen, also nicht als vorgeschriebene Wegeführung – historisches Wissen vermittelt werden soll. Hierbei soll es sich um Grund- und nicht um Detailinformationen handeln. Diese Prämissen sind eine wesentliche Voraussetzung für die Kooperation mit den Berliner Gedenkstätten, die zuvor von Minister Naumann mit der öffentlichen Behauptung brüskiert worden waren, es gebe “für den Holocaust in Berlin keinen Ausstellungsraum” (Süddeutsche Zeitung, 10.3.2000), ein bewusster oder unbewusster Affront gegen das Haus der Wannseekonferenz und die Topographie des Terrors.

Die Arbeitsgruppe entwickelte aus den Kuratoriumsvorgaben die Idee einer Sequenz von vier thematischen Räumen:

ein “Raum der Stille”, der nicht, wie in manchen Gedenkstätten, am Abschluss des Rundgangs stehen soll, sondern am Anfang, als “stiller Raum mit großer Schrift” (Rürup), die in wenigen Sätzen eine Aussage zur Ermordung der Juden macht – Anzahl der Toten, europäische Dimension – und die Bedeutung des historischen Verbrechens zusammenfasst;

ein "Raum der Schicksale" nach der zuvor erwähnten Vorgabe der Individualisierung, in dem mit Fotos und Texten die Schicksale von bis zu zwölf jüdischen Familien aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Milieus Europas dargestellt werden sollen;

ein "Raum der Namen", in dem die (ebenfalls immer umstrittene) Forderung der Denkmals-Initiatoren, die das Projekt von Anfang an begleitet hatte, nach Nennung aller Namen der ermordeten Juden umgesetzt wird, und zwar mit Computer; die israelische Gedenkstätte Yad Vashem arbeitet seit Jahren an einer solchen Namens-Recherche und hat bisher etwa viereinhalb der insgesamt sechs Millionen Namen gesammelt;

und ein "Raum der Orte", in dem auf einer europäischen Landkarte die Orte der Verbrechen an den Juden aufgezeigt werden sollen.

Darüber hinaus ist ein großzügiges multifunktionales Foyer vorgesehen, das auch Sonderbereiche für Gruppengespräche, Diskussionen und eventuell auch für Veranstaltungen enthalten soll. In ihm soll die Entstehungsgeschichte des Denkmals dokumentiert werden, und der Besucher kann sich multimedial über vernetzte Daten mit den historischen Ereignissen beschäftigen. Im Ausgangsbereich schließlich will man auf andere Gedenkstätten in und um Berlin verweisen. Die Konkretisierung der vier Themenräume soll in nächster Zeit die Arbeitsgruppe gemeinsam mit Ausstellungsmachern und Gestaltern vornehmen.

Nur einige Tage hatte Peter Eisenman Zeit, um dieses Konzept in einen Entwurf zu übersetzen, genauer: in zwei Alternativentwürfe, eine ebenerdige und eine unterirdische Lösung. Das Kuratorium entschied sich (mit 17 Pro-Stimmen) im Juli für die unterirdische Variante. Verworfen wurde die Idee, auf einem dem Mahnmals-Areal östlich gegenüberliegenden, der Wohnungsbaugesellschaft Mitte gehörenden Grundstück ein "Haus der Erinnerung" zu bauen. Die Kosten allein für den Ankauf der Baufläche wären mit etwa fünf Millionen so hoch gewesen, dass diese Lösung den Entscheidungsträgern nicht wesentlich billiger erschien als die Unterkellerung des Mahnmals. Die "underground"-Lösung wiederum wird mit Sicherheit auf Unwägbarkeiten treffen, zum Beispiel auf Probleme mit Grundwasser und Sandboden. Da die Stelen selbst mindestens drei Meter Fundamentierung benötigen und das unterirdische "Haus des Erinnerns" bei erwarteten jährlichen 300 000 Besuchern auch nicht nur drei Meter Deckenhöhe haben sollte, wird man möglicherweise etwa zehn Meter in die Tiefe graben müssen. Die Erinnerung an die Schwierigkeiten bei der Realisierung von Micha Ullmans kleindimensionierter "Bibliothek", dem unterirdischen Denkmal zur Erinnerung an die

Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz, könnte einen Eindruck von den anstehenden Problemen und Kosten vermitteln.

Auf einer Pressekonferenz präsentierte Eisenman sein Modell mit dem eingegrabenen "Ort der Information". Es ist nicht mehr, wie bei dem riesigen Bauriegel von "Eisenman III", an der Nordseite des Denkmalsareals angeordnet, sondern an der Südostecke, damit die meist vom Brandenburger Tor kommenden Besucher zuerst das Denkmal selbst durchschreiten können (wobei vielleicht die Menge der in Zukunft vom Potsdamer Platz herströmenden Besucher unterschätzt wird). Die Ecke des Stelenfeldes selbst ist angehoben, das Gelände zugleich eingeschnitten, und der Besucher wird seitlich über eine Treppe in die Tiefe geführt. Von 800 Quadratmetern Nutzfläche spricht Reinhard Rürup, 500 für die vier Räume und 300 für das Foyer; die Presseerklärung der Stiftung nennt eine Ausstellungsfläche von 800 und eine Gesamtfläche von 1.500 Quadratmetern.

"Eisenman IV" also, mit dessen technischer Konkretisierung der Architekt umgehend beauftragt wurde. Anderthalb Jahre veranschlagt er für die Detailplanung, weitere anderthalb für die Realisierung. Erst dann wird man sehen, ob der von Wolfgang Thierse genannte Kostenrahmen von 20 Millionen Mark realistisch ist, der zu den bisher genannten Kosten von 15 bis 20 Millionen für das Stelenfeld hinzukommt. Die Journalisten waren offensichtlich so fasziniert über dieses Modell, dass das inhaltliche Konzept selbst, das ja als Arbeitspapier die Vorgaben geliefert hatte, weder diskutiert noch ausführlich in den Medien dargestellt wurde. Die Stichworte zu den vier Räumen schienen Erklärung genug zu sein.

Die Zustimmung zu diesem unterirdischen Entwurf ist außerordentlich groß, wenn auch nicht einhellig. Die Verfahrensbeteiligten und viele der Kritiker sind vermutlich froh und erleichtert, dass hier eine im Vergleich zu "Eisenman III" eher zurückhaltende Lösung gefunden wurde, die die ästhetische Wirkung des Stelenfeldes nicht wesentlich beeinträchtigt, mit dem inhaltlichen Konzept der vier Räume sich nicht in Konkurrenz zu den Gedenkstätten begibt oder gar versucht, diese zu übertrumpfen, und die zudem die Kosten nicht in dreistellige Millionenhöhe zu schrauben scheint. Der kritische Kommentar des Beiratsvorsitzenden Wolfgang Benz, der, wie er mir sagte, "solch unterirdischer Aufklärung eher skeptisch gegenübersteht", stellt eher die Ausnahme dar.

Gerade beim Vergleich mit früheren Ideen, Aussagen und Entwürfen sind skeptische Gedanken jedoch nicht zu vermeiden. Wir erinnern uns an die Wahl des Areals 1990, bei dem der (nun einige Meter weiter entfernt liegende, damals in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang mit dem Denkmal gesehene) Standort der ehemaligen Reichskanzlei und die Reste des Führerbunkers eine so große Rolle spielten, dass daraus ein geradezu mythisches, pseudo-authentisches Verhältnis konstruiert wurde. (Lea Rosh: “Auf den Trümmern dieses Zentrums der Nazi-Macht ein Denkmal für die ermordeten Juden zu setzen, heißt, die Ermordeten über ihre Mörder, die Opfer über die Täter zu erheben.”) Schon Harald Szeemanns Entwurf von 1991 im Auftrag des “Förderkreises” – eine unterirdische Gedenkstätte mit einer als “Ereignisweg” bezeichneten Raumsequenz, deren Höhepunkt der “Bereich der Sprachlosigkeit” in Form eines Davidsterns bilden sollte, unter Einbeziehung der damals gerade ausgegrabenen Reste des “Führerbunkers” – sah den in der Tiefe des Bodens festgemachten “Zusammenhang von Hybris, Vernichtung und Selbstvernichtung” (Szeemann) als grandiose Inszenierungsaufgabe an. Der dann folgende offene Wettbewerb erbrachte scharenweise Entwürfe, die Ruinen-, Grabes- und Auferstehungs-Metaphern bildhaft umsetzten. Selbst der damalige erste Preis, der Entwurf der Künstlergruppe um Christine Jakob-Marks, bestand aus einer schwarzen Betonplatte, die Assoziationen an eine Grabplatte weckte und – in Anspielung an das Auferstehungs-Motiv – an einer Ecke (damals ebenfalls die Südost-Ecke!) dramatisch angehoben in die Höhe ragte. Unter dieser Südost-Ecke sollte auch bei diesem Entwurf ein Raum für Information und Vermittlung untergebracht werden.

Eisenman selbst war Anfang 1999 beim Entwurf seines großdimensionierten “Haus der Erinnerung” (“Eisenman III”) dem underground-Mythos offensichtlich ebenfalls erlegen (vgl. Teil IV in Kunststadtstadtkunst 45). Er schlug unterirdische, schlauchartige Ausstellungsräume vor, die der Besucher durchwandern und an deren Ende er wieder emporsteigen soll, aus der Tiefe ins Licht der Stadt. (Eisenman: “Die Symbolik der Tunnel erinnert an die Bunkerlandschaft, die die Nazis hier im Regierungsviertel angelegt hatten. Wenn Sie wollen, ‘erobern’ nun die Opfer diese Tunnel.”)

Glücklicherweise verzichtet sein jetziger Entwurf für das unterirdische “Haus des Erinnerns” auf vordergründige Symbolismen und Metaphern. Im Vergleich mit den früheren Konzepten werden wesentliche Unterschiede deutlich, allerdings auch einige problematische Parallelen. Denkt man daran zurück, dass Harald Szeemann noch vorschlug, die Ein- und Ausgänge seiner Gedenkstätte mit nachgebildeten KZ-Toren zu versehen, wird der Unterschied zu den

Anfängen klar, die dank der kritischen öffentlichen Debatte als überwunden gelten können. Die Säle, die Szeemann damals entwarf (“Saal der Täter”, “Saal der Opfer”, “Saal der Einzelschicksale”, “Saal der Dokumente”), trugen zwar teilweise ähnlich klingende Namen wie die jetzigen Räume, waren jedoch als Kunsträume gedacht, deren Installationen und Lichtregie den Besucher schockieren und verunsichern sollten. Die Südost-Ecke des “Grabplatten”-Entwurfs von Jakob-Marks wiederum sollte mit elf Metern ungleich dramatischer in die Höhe ragen als das nun sanfter angehobene Stelen-Plateau.

Die Arbeit der Historikergruppe am jetzigen Raumkonzept wird dafür Sorge tragen, dass sich ähnliche Fragwürdigkeiten nicht wieder einschleichen können. Dennoch sollte die assoziative Suggestivwirkung der unterirdischen Bezüge und Verflechtungen nicht unterschätzt werden. Entstehen wird ein schwieriges Spannungsfeld von überirdischem Denkmal und unterirdischem Ort der Information. Das Stelenfeld (“zone of instability”) ist, wie Eisenman auf der Pressekonferenz noch einmal hervorhob, für die Gefühle und für das Unbewusste zuständig (“a field for unconsciousness, for feelings only”); um zusätzliche Informationen zu erhalten oder auch nur einen weiteren interessanten Architektur-Raum zu erkunden, begibt man sich hinab in eine Kelleranlage, die hoffentlich möglichst wenig Bunker-Atmosphäre vermittelt. Unterirdische Gebäude haben grundsätzlich keine nüchterne Ausstrahlung. Assoziationen, die zwar nicht mehr emphatisch visualisiert, aber aufgrund der Entstehungsgeschichte des Ortes und des Projektes nach wie vor unvermeidlich sind, können umso geheimnisvoller erscheinen und untergründig wirken.

Die anderen Opfergruppen

Im § 2 des Stiftungsgesetzes heißt es: “Die Stiftung trägt dazu bei, die Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus und ihre Würdigung in geeigneter Weise sicher zu stellen.” Damit wurde der Aufforderung des Bundestags Rechnung getragen, “der anderen Opfer des Nationalsozialismus würdig zu gedenken”, nachdem er beschlossen hatte, das Denkmal ausschließlich den ermordeten Juden zu widmen.

Wer allerdings angenommen hatte, dass die anderen Opfergruppen in das Raum- und Ausstellungskonzept des “Hauses des Erinnerns” einbezogen würden, sieht sich nun enttäuscht. Angesichts der schwierigen zehnjährigen Debatte über die Frage, ob das zentrale Mahnmal der Bundesrepublik Deutschland nicht auch die anderen Opfergruppen des NS-Rassenwahns

einbeziehen sollte, fällt es allerdings auch schwer, sich vorzustellen, dass nun das "Haus des Erinnerns" das leisten könnte, was beim Denkmal nicht gewollt war. Allzu leicht könnte das zum Alibi werden.

Diese Gefahr hat offenbar der Zentralrat der Sinti und Roma gesehen und öffentlich gemacht. Romani Rose lehnte die Berufung in den Beirat ab, der im Vergleich zum Kuratorium wenig zu sagen hat und bei der Entwicklung der räumlich-wissenschaftlichen Konzeption des "Hauses des Erinnerns" gar nicht erst gefragt wird. Von Seiten der Opfergruppen sind nun im Beirat vertreten der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, der Bund der Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten, das Internationale Auschwitz Komitee, der Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes / Bund Deutscher Antifaschisten und die Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz.

Wolfgang Benz macht aus der Not eine Tugend. Als Hauptaufgabe des Beirats bezeichnet er die Gestaltung des Veranstaltungsprogramms für das zukünftige Haus. Dabei soll die "Integration der anderen Opfergruppen" eine zentrale Rolle spielen. Dieses Veranstaltungsprogramm, so sinnvoll es auch sein wird, kann jedoch die vom Bundestag beschlossene Verpflichtung nicht einlösen. Es wäre daher nicht nur fair, sondern auch konsequent, wenn das jahrelang vergessene und schließlich von der Berliner Senatskanzlei sogar dementierte Versprechen, den Sinti und Roma ein eigenes Denkmal zu errichten, nun schnellstmöglich von Bund und Land gemeinsam umgesetzt würde. Auf dem damals zugesagten Standort, der kleinen Lichtung südlich des Reichstags, erinnert ein jährlich neu errichtetes provisorisches kleines Denkmal an die damalige Zusage. Den Willen der Bundesregierung hierzu hat Michael Naumann im Mai bei einem Besuch des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg verkündet. Auch der Bezirk Tiergarten hat seine Unterstützung zugesichert.

Der sogenannte Dreiklang

Ein schwieriges und noch weitgehend ungeklärtes Problem ist das Verhältnis der zukünftigen Einrichtung zu den vorhandenen Gedenkstätten und Orten der Erinnerung. Dieses Problem stellt sich auf verschiedenen Ebenen und soll zum Schluss dieses Beitrags wenigstens kurz skizziert werden.

Fest steht zunächst, dass die Bundesregierung in Zukunft die Kosten der – für das Jahr 2000 mit 900 000 Mark veranschlagten – Stiftungsarbeit tragen wird. Minister Naumann hat mehrfach unterstrichen, dass das Denkmal für ihn zu jenen Einrichtungen der Hauptstadtkultur mit übergeordneter Bedeutung gehört, die der Bund vollständig zu finanzieren bereit ist. Dies gilt ebenfalls für das Jüdische Museum, dessen derzeit über 90, bald 110 (!) Mitarbeiter an der Vorbereitung der für Herbst 2001 vorgesehenen Ausstellung arbeiten. Jedoch gilt es nicht – oder noch nicht? – für die Stiftung Topographie des Terrors, deren neues Haus durch einen Baustop aufgrund der schweren Realisierungs- und Finanzkrise (etwa 70 statt 45 Millionen?) derzeit ernsthaft gefährdet ist.

Nicht einzusehen ist jedoch, warum der Topographie des Terrors als dem zentralen “Ort der Täter” eine geringere gesamtstaatliche Bedeutung zugesprochen wird als den beiden anderen Einrichtungen, die sich mit dem jüdischen Leben und dem Völkermord an den Juden befassen. Möglicherweise wird Naumann seine Einschätzung revidieren, wenn für den Neubau der Topographie des Terrors im Herbst eine seriöse Kostenplanung vorliegt. Dass jedoch – vor allem in der Medienberichterstattung – immer öfter von einem “Dreiklang” gesprochen wird, von der faktischen und notwendigen Zusammengehörigkeit der drei großen Einrichtungen, hat auch andere Gründe.

Gemeint ist damit, dass in Berlin drei architektonisch und künstlerisch anspruchsvolle Einrichtungen im Entstehen begriffen sind, die das Thema Erinnerung und Gedenken auf jeweils unterschiedliche Weise umsetzen: Daniel Libeskind's zickzackförmiger Baukörper als Stadt-Metapher, der vorrangig nicht als funktionales Museum, sondern als eigenständiges Kunstwerk, manchmal schon als das eigentliche Berliner Holocaust-Mahnmal gesehen wird (“ein nie gesehenes Besuchererlebnis”, wie Direktor Michael Blumenthal im Tagesspiegel vom 20.6.2000 ankündigte); Eisenman's Erinnerungs-Environment, bei dem es ebenfalls nicht um rationale Auseinandersetzung mit Geschichte geht, sondern um Gefühle und individuelle Erinnerungen; und Peter Zumthor's bald das Gestapo-Gelände dominierende, geometrisch strenge Stabwerks-Konstruktion, die der Architekt selbst als das eigentliche, dem historischen Ort Bedeutung verleihende Denkmal bezeichnet, ganz im Gegensatz zu denen, die sich dort um Aufklärung bemühen und immer den authentischen Ort selbst zum Ausgangspunkt ihrer Vermittlungsarbeit genommen haben.

Die glanzvolle Wirkung dieser drei Gesamtkunstwerke, die sich zweifellos zum dreifachen Mekka von Architekturfans und Touristen entwickeln werden, droht die inhaltliche Seite zu überlagern. Bei der Topographie des Terrors geht es nicht um deutsch-jüdische Geschichte und nicht allein um die Trauer über den Völkermord an den Juden, sondern um die Täter und um die gesellschaftlichen Hintergründe der NS-Verbrechen sowie um den Umgang der deutschen Gesellschaft mit diesem Thema. Ein solcher kritischer Blick auf Strukturen und Wirkungszusammenhänge ist auch heute von vielen nicht gewollt, denn er stellt gesellschaftliche Harmonie in Frage. Darüber hinaus fällt auf, dass im Kontext dieser Debatte vom Haus der Wannsee-Konferenz kaum noch die Rede ist. Ein Vertreter dieser Gedenkstätte am authentischen Ort der Völkermord-Planung ist nicht ins Kuratorium, sondern nur in den Beirat der Stiftung für das Holocaust-Mahnmal berufen worden, obwohl von diesem Haus mit großer internationaler Anerkennung die historische Informations- und Vermittlungsarbeit längst geleistet wird, die die Stiftung erst anzustreben beginnt. Eine solche Missachtung wirft ein Licht auf die Hierarchie-Vorstellungen, die mit den Ideen von Zentralisierung und nationaler Bedeutung verbunden sind.